

# Amts- und Anzeigebblatt

Für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberflüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterflüchengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 20 Hg. In Reklameteil die Zeile 50 Hg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Hg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Bezugspreis vierteljährlich M. 3.60 einschließlich des Postzuschlages. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Postfach Nr. 11.

Nr. 94.

Freitag, den 25. April

1919.

**Zur Verhütung des Abschlachtens arbeitsfähiger Pferde** wird in Erinnerung gebracht, daß nach § 14 der Verordnung, den Verkehr mit Schlachtpferden und Pferdefleisch betreffend, vom 19. Juli 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 167 vom 20. Juli 1918) die für die Fleischbeschau verpflichteten Tierärzte bei der Besichtigung des lebenden Pferdes festzustellen haben, ob das zur Schlachtung angemeldete Tier tatsächlich nur noch Schlachtwert besitzt, und die Schlachtung von Pferden, die noch Nutzwert haben, zu verbieten haben.

Den beteiligten Tierärzten und Polizeibehörden wird die Einhaltung und Ueberwachung dieser Vorschrift erneut zur besonderen Pflicht gemacht.

Dabei wird zur gleichmäßigen Ueberwachung darauf hingewiesen, daß die **Ausfuhr von Pferden** aus Sachsen nach Bezirken nicht-sächsischer Heeresverwaltungen, mit Ausnahme für den zum XIX. Armeekorps gehörigen Kreis Ronneburg in S. A., nach den noch in Gültigkeit befindlichen Anordnungen der stellw. Generalcommandos XII. A. R. vom 18. Mai 1918 und XIX. A. R. vom 25. April 1918 verboten ist.

Dresden, den 15. April 1919.

803c V L

Wirtschaftsministerium.

4329

## Zur Auszahlung

kommt Montag, den 28. April 1919, vormittags **Zuschußunterstützung** an **Kriegerfamilien.**

Eibenstock, den 24. April 1919.

Der Stadtrat.

Während der Kriegszeit haben viele Einwohner Eibenstock's im Vaterlande und in den besetzten Gebieten **Arbeit beim Schanzen- und beim Schützengrabenbau und bei ähnlichen Bauten geleistet.** Diese Dienstverrichtungen sind entgegen früherer Vorschrift neuerdings als **invalidenversicherungsspflichtig** erklärt worden. Für die spätere Erlangung von **Rente** aus der **Arbeiterversicherung** ist es von erheblichem Wert, wenn **jetzt** schon die **entsprechenden Versicherungsmarken nachträglich verwendet** werden.

Den beteiligten Ortseinwohnern wird deshalb nachdrücklich angeraten, die **nachträgliche Beitragsentrichtung unverzüglich** herbeizuführen. Das Versicherungsamt und die Ortskrankenkasse gewähren auf Ansuchen Rat und Beistand.

Eibenstock, den 23. April 1919.

Das Versicherungsamt.

## Arbeiterzählung betreffend.

Am 1. Mai findet — wie alljährlich — eine

### Arbeiterzählung

statt. Die Zählbogen werden den Gewerbeunternehmern durch die Schugmannschaft zugestellt werden. Sie sind sorgfältig und genau auszufüllen, eigenhändig zu unterschreiben und spätestens bis zum

3. Mai d. s. J.

im Rathaus, Erdgesch., Zimmer Nr. 5, abzugeben.

Schönheide, am 23. April 1919.

Der Gemeindevorstand.

## Die Wechselprolongation der Entente.

Jeder weiß, daß ein Wechsel um so teurer wird, je länger er läuft, denn es treten noch die Zinsen zum Betrage hinzu. Und nicht minder bekannt ist, daß das Prolongieren, die Verlängerung der Wechsel, von gewinnlüchtigen Gläubigern nicht selten zu harten Bedingungen geknüpft wird, die eine Straube ohne Ende darstellen. Im bürgerlichen Leben nennt man eine solche Praxis Wucher. Das Gesetz bestraft nun zwar den Wucher, aber wenn er durch Strafen ausgerottet werden könnte, so hätte das längst geschehen müssen. Ein Schuldner in der Notlage bleibt eben immer wieder auf den Willen seines Gläubigers angewiesen. Wenn also der Wucher im bürgerlichen Leben nicht zu vertilgen ist, so wird er noch weniger zu beseitigen sein, wenn man ihn mit dem Mantel der Politik bekleidet. Und dieser Kaschier sehen wir gegenüber. Die Entente ist der Gläubiger, Deutschland ist der Schuldner.

Die Entente verkündet heute aller Welt, daß sie dem besiegten Deutschland gegenüber kulant sei, denn sie wolle mit sich reden lassen über die Höhe der jährlichen Raten, in welchen die Kriegsschuldigung von uns abgezahlt werden soll. Der Betrag der deutschen Schuld ist dagegen nicht diskutierbar, die will unser Gegner eigenmächtig festsetzen, und wir haben nicht daran zu rütteln. Daß die Höhe der Forderung, sie pendelt von 120-150 Milliarden, allen bisherigen Anschauungen von der Art der Kriegskosten widerspricht, ist bekannt, aber in Geldsachen heißt es bei der Entente geradezu wie in Dingen der Beugung des Rechts, nicht bloß sein! Daß wir diese Kostensumme weder mit einem Mal, noch in einer begrenzten Reihe von Jahren zahlen können, ist selbstverständlich, und das Unrecht, welches der Feind uns antut, wird dadurch nicht geringer, daß es auf eine größere Reihe von Jahren verteilt wird. Das ist also die Prolongation des Wechsels über die deutsche Kriegsschuld.

Wir können uns des Gedankens kaum erwehren, daß wir durch die Verlängerung der Zahlungsfrist mit Bedingungen bestraft werden sollen, die uns schließlich unerträglich vorkommen, so daß wir zur schnelleren Auseinandersetzung bereit sind. Man denkt wohl, daß Deutschland gegen Streichung der Kriegskosten noch mehr von seinem Gebiet herausgegeben wird. Das ist allerdings eine Täuschung, wir werden lieber das Aeußerste dulden, als um eine weitere Kürzung unserer Grenzen eingehen. Aber auf Versuche in dieser Richtung müssen wir gefaßt sein. Und in Paris wird man ein solches Verhalten gegenüber Deutschland noch eine staatskluge Politik nennen, so daß also jemand sehr auf dem Holzwege ist, der glaubt, Frankreich könnte sich genieren, uns so etwas anzutun.

Wenn wir diese äußerste Zumutung entschlossen ablehnen, so wird die Wechselprolongation der

Entente für uns doch unliebsam genug bleiben. Schon, wenn wir jährlich „nur“ 3-5 Milliarden abzahlen sollten, so würde das, die Zinsen noch hinzugerechnet, sehr hart sein. Was dann bei uns in den inneren Verhältnissen werden sollte, ist gar nicht abzusehen, da wir doch auch noch die eigenen Ausgaben und die heimischen Kriegslasten aufzubringen bzw. zu verzinsen haben. Darum folgt, daß wir uns mit der sogenannten Kulanz der feindlichen Wechselprolongation denn doch nicht bequämen können, sondern trotz aller Bestimmtheit, die in Paris beobachtet wird, versuchen müssen, von der Gesamtsumme der Kriegskosten einen tüchtigen Posten abzuhandeln. Wenn wir auf Menschenalter hinaus nur für den Feind arbeiten sollen, dann schwindet nicht nur jeder Verdienst, sondern auch jede Freude an der Arbeit. Wm.

## Grundsätze der deutschen Friedenspolitik.

In der ersten Sitzung des Friedensauschusses der Nationalversammlung, die am 16. April stattfand, führte Reichsminister Erzberger u. a. aus: Eine der Bedingungen dieses Friedens ist der Völkervertrag mit voller Gleichberechtigung aller Völker, der großen wie der kleinen. Diese Politik ist von der deutschen Regierung bisher gewissenhaft befolgt worden. Die deutsche Regierung ist von ihrer Verpflichtung niemals abgewichen, eine Verständigung aller Völker zu fördern und eine neue Welt des Rechts und der internationalen Solidarität aufzubauen zu helfen. Diese Politik ist auch von der Waffenstillstands-Kommission im vollen Verständnis und mit allen Konsequenzen durchgeführt worden. Insbesondere hat sie sich wie die deutsche Regierung streng gehalten, die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich zu verschärfen. Sie hat auch niemals, wie dies von gewisser Seite in der Presse ihr zum Vorwurf gemacht worden ist, wichtige Nachrichten aus dem Ausland, namentlich aus Frankreich, dem deutschen Volke vorenthalten. Die deutsche Regierung übt keinerlei Zensur aus. Sie hat allerdings nicht die Möglichkeit, alle Nachrichten aus den feindlichen Ländern dem deutschen Volke zu unterbreiten. Eine keine Strafe von naiven politischen Konstrukteuren in Deutschland ist der Ansicht, daß jetzt die europäischen Kontinentalmächte zu einem Bunde zusammengeschlossen werden müßten mit der Spitze gegen das Angelsachsen-tum. Wenn die Regierung sich dem anschloße, würde sie die Gegensätze zum Angelsachsen-tum verschärfen und die Grundlagen des Völkervertrages zerstören. Die Behauptung, Clemenceau habe sich dafür interessiert, daß Deutschland Lebensmittel erhalte, ist unzutreffend. Im Gegenteil, die französische Presse hat den Alliierten den schwersten Vorwurf daraus gemacht, daß sie wichtige Pländer, die Frankreich für den Schadenersatz brauche, nach dem Brüsseler Abkom-

men freigegeben hätten, damit das deutsche Volk überhaupt Lebensmittel bekomme.

In zahlreichen Besprechungen, die wir in Berlin und Weimar mit fremden Vertretern zu führen hatten, ist nie bestritten worden, daß der Hauptkampf in Paris sich gegen die maßlosen Ansprüche der französischen Regierung richtete.

Kein Kabinett in der Welt ist so kapitalistisch-chauvinistisch wie das Pariser.

Nirgends ist der Einfluß der Sozialdemokraten auf die Regierung kleiner als in Frankreich. Das Elsaß-Lothringen anbetrifft, so erklärt jetzt die Entente trotz des von ihr proklamierten Selbstbestimmungsrechts, eine Abstimmung der Elsaß-Lothringer über ihr künftiges Schicksal sei überflüssig. Das elsass-lothringische Volk hat sich jedoch damit nicht abgefunden. Die Bewegung, die Elsaß-Lothringen Autonomie verschaffen will, wächst in der Bevölkerung von Tag zu Tag. Der Führer dieser Bewegung, Dr. Klügel, der von den Franzosen verhaftet werden sollte, hat sich dem durch die Flucht nach der Schweiz entzogen. Selbst Wetterle will Elsaß-Lothringen nicht wie die anderen Departements in Frankreich behandelt wissen und fordert eine umfassende Selbstständigkeit. In der Mühlhäuser Arbeiterkassette haben sich starke Strömungen gegen den Anschluß an Frankreich gezeigt. Die Kriegsgefangenen werden in Frankreich schlechter behandelt als in England. Die Regierung ist stets dieser schlechten Behandlung entgegengetreten.

Zusammenfassend ist also zu erklären: Die deutsche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, wie er in dem Notenwechsel mit Wilson dargelegt ist, und ist bemüht, einen gerechten, dauernden Frieden mit allen Völkern, auch mit Frankreich, zu schließen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Reichsminister Erzberger, daß von der Regierung alles geschehe, um den Anschluß Deutsch-Oesterreich zu fördern und die Agitation der Franzosen zurückzudämmen. Deutschland sei jederzeit bereit, mit Rußland einen Waffenstillstand abzuschließen.

Die deutschen militärischen Operationen im Osten trügen keinen offensiven Charakter.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

— Angeblich geplante Rückkehr des Kronprinzen. Wie die „Neue Berl. Ztg.“ von einer angeblich gut unterrichteten Persönlichkeit erzählt, trägt sich der frühere deutsche Kronprinz mit dem Gedanken, nach Friedensschluß wieder nach Deutschland zurückzukehren. Er beabsichtigt, in Potsdam als Privatmann seinen Wohnsitz zu nehmen.

— Die Aufhebung der Blockade für die deutsche Wareneinfuhr soll erfolgen, aber, wie es